

## Atommüll

# Öffentlichkeitsbeteiligung zur Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für Block 2 des AKW Philippsburg gestartet

Mit der Öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger Baden-Württemberg hat das Umweltministerium dieses Bundeslandes am 23. März 2018 das Beteiligungsverfahren zu der von der EnBW beantragten Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für Block 2 des Atomkraftwerks Philippsburg förmlich gestartet. Von Montag 9. April bis Freitag 8. Juni 2018 haben interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Auslegungsunterlagen für das Genehmigungs-

verfahren beim Bürgermeisteramt der Stadt Philippsburg und im Umweltministerium einzusehen, teilt das Baden-Württembergische Umweltministerium mit. Zudem werde das Umweltministerium diese Unterlagen im selben Zeitraum auch auf seiner Internetseite in elektronischer Form bereitstellen.

Zu den Unterlagen gehören der Antrag, eine Kurzbeschreibung des Vorhabens, ein Sicherheitsbericht, sowie die

Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Diese betrachtet Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf den Menschen sowie auf Tiere, Pflanzen, Boden, Luft und Wasser, wie der Abbruch der Kühltürme, insbesondere die mögliche Lärm- und Staubentwicklung, heißt es.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich innerhalb der Auslegungsfrist zum Vorhaben äußern. Wann der hieran anschließende Erörterungstermin stattfinden wird, hänge von der Anzahl und dem Inhalt der Einwendungen ab, wird erklärt. Vom weiteren Verlauf des Verfahrens hänge auch ab, wann die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen werden und die beantragte Stilllegungs- und Abbaugenehmigung erteilt werden kann.

Die EnBW hatte die Stilllegung und den Abbau des Blocks 2 des Atomkraftwerks Philippsburg am 18. Juli 2016 beantragt. Dem vorausgegangen war bereits eine erste frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem baden-württembergischen Umweltverwaltungsgesetz. Für Block 1 des Atomkraftwerks Philippsburg hatte das Umweltministerium am 11. April 2017 die 1. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung erteilt.

Weitere Informationen zum Atomkraftwerk Philippsburg unter [www.um.baden-wuerttemberg.de](http://www.um.baden-wuerttemberg.de) und <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/kernenergie-und-radioaktivitaet/kerntechnische-anlagen/kkw-in-baden-wuerttemberg/philippensburg/> ●

## Uranbergbau

# Das Salamanca-Projekt Spaniens

## Der an Portugal grenzenden Provinz droht der größte Urantagebau Westeuropas

Die Region im mittleren Westen Spaniens zwischen der Universitätsstadt Salamanca und der portugiesischen Grenze ist eine malerische Landschaft mit Rinder- und Schweineweiden und uralten Steineichen. Nachhaltige, extensive Viehzucht ist die traditionelle Einkommensquelle, der schon lange von Landflucht geplagten Region. Doch das Gestein im Untergrund ist reich an Uran. Spaniens Regierung in Madrid hatte schon vor Jahren beschlossen, diese Büchse der Pandora auszugraben und zu öffnen. Darauf macht Norbert Suchanek in der Tageszeitung junge Welt in ihrer Ausgabe vom 20. Dezember 2017 aufmerksam.

Bereits seit 1974 förderte das staatliche Uranunternehmen ENUSA in Salamanca bei Salices El Chico Uran zu Tage, schreibt Suchanek. Das Bergwerk lieferte bis zu seiner

Stilllegung im Jahr 2000 rund 130 Tonnen Uranoxid pro Jahr. Weit mehr als die zehnfache Menge, rund 2.000 Tonnen, soll nun das sogenannte Salamanca-Projekt jährlich produzieren. Damit würde Spanien in die Top 10 der globalen Uranproduzenten aufrücken und selbst die USA und China überflügeln.

Alle notwendigen Infrastrukturen des 5.400 Hektar großen Tagebaus wie Zugangsstraßen, Auffangbecken und Werksgebäude sollen demnach schon 2018 fertiggestellt sein, und das erste Uran soll 2019 gefördert werden. Seit Mitte 2017, als die ersten Planierarbeiten anrückten, um die Flächen freizuroden, läuft ein Teil der lokalen Bevölkerung Sturm dagegen, berichtet Suchanek. Allen voran lehne Jorge Rodríguez, Viehzüchter und Bürgermeister von Villavieja de Yeltes, das Uranpro-

jekt vehement ab. Laut Rodríguez stemmen sich rund 40 Gemeinden gegen den Uranabbau in Salamanca. Bereits 2.000 von rund 30.000 Steineichen seien bereits den Vorarbeiten zum Opfer gefallen.

Schon im Juli 2012 vergab Spaniens Regierung die gesamten Schürfrechte des nahe der portugiesischen Grenze in den Gemeinden Villavieja de Yeltes and Retortillo angesiedelten Salamanca-Projekts an die in England und Australien ansässige Firma Berkeley Energia Ltd, die sich selbst als „Unternehmen für saubere Energie mit größten Auswirkungen“ beschreibt, erklärt Suchanek. Hauptinvestor ist demnach der Staatsfonds des Sultanats Oman, der mit 120 Millionen US-Dollar beteiligt ist.

Berkeley Energia sieht sich von den Anrainer-Gemeinden des Bergwerks unterstützt. „Das Unternehmen genießt eine gute Beziehung zu den Kommunen der Region“, zitiert Suchanek aus Texten auf der Internetseite von Berkeley Energia. In den vergangenen Jahren habe es Wifi-Netzwer-

ke für die Dörfer finanziert, Kinderspielplätze gebaut, Sportanlagen modernisiert, Kläranlagen saniert sowie Sportveranstaltungen und lokale Feste gesponsert. Ab 2018 werde Berkeley zudem 80 sichere Vollzeit Arbeitsplätze für die etwa 400 Bewohner von Villavieja schaffen, heißt es. Das Unternehmen garantiere einen Uranabbau nach den höchsten Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards der Welt.

Nichtsdestoweniger befürchten die Kritiker des Tagebaus ernste lokale und grenzüberschreitende Folgen. So bedrohe der Uranabbau in der Region das Einkommen der intensiv arbeitenden lokalen Rinder- und Schweinezüchter. Wer wolle schon Weidefleisch aus einer radioaktiv belasteten Region kaufen, beklagt Rodríguez dem Bericht zufolge. Radioaktiver Abraum könnte zudem mit Wind und Flüssen die portugiesische Grenze überschreiten und selbst den Rio Douro erreichen, die Trinkwasserquelle von rund zwei Millionen Menschen.

Wie eine 2013 veröffentlichte Studie der Universität Lissa-

bon zeigt, führte bereits das relativ kleine Bergwerk von Salices el Chico zu grenzüberschreitender Belastung, berichtet Suchanek weiter. So habe der Bergwerksbetrieb den durch Spanien und Portugal fließenden und in den Rio Douro mündenden Fluss Águeda radioaktiv belastet. Vor allem aber der Bruch eines Abraumdammes im Juni 2007 habe große Mengen radioaktiven Materials in den Águeda geschwemmt und den Rio Douro erreicht. Ob im Tage- oder Untertagebau: jegliche Uran-

ausbeutung habe Umweltschäden zur Folge, so die Lissabonner Umweltingenieurin Cláudia Derboven Sequeira.

Trotz der durch Spanien bereits verursachten und nun drohenden zusätzlichen radioaktiven Belastung verhält sich die Regierung Portugals bislang zurückhaltend, erklärt Suchanek. Sie stehe dem Uranbergbau positiv gegenüber, obwohl das Land selbst mit den Hinterlassenschaften eigener Bergwerke zu kämpfen hat. Denn auch in Portugal

gibt es noch zu hebende Uranvorkommen, vor allem in der Region des Alto Alentejo.

2008 machte die rund 3.600 Einwohner zählende und auf rund sechs Millionen Tonnen Uranerz sitzende Stadt Nisa der portugiesischen Atom-Lobby dem Bericht zufolge einen Strich durch die Rechnung. Nisas Bürger und Stadtrat sprachen sich unmissverständlich gegen den Abbau des strahlenden Bodenschatzes aus. Stadt und Gemeinde würden sich Uranbergbauplä-

nen von Regierung und Nuklearindustrie entgegenstellen. Die lokale Wirtschaft basiere auf der historisch reichhaltigen Kulturlandschaft und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen wie dem berühmten Schaf- und Ziegenmilchkäse von Nisa und seinen Thermalquellen. „Radioaktiver Uranbergbau lässt sich kaum mit einer qualitativvollen, zertifizierten Nahrungsmittelproduktion und Gesundheits- und Kulturtourismus vereinbaren“, wird Stadtratspräsidentin Gabriela Tsukamoto zitiert. ●

## Energiewirtschaft

# Europas größte Energiekonzerne Eon und RWE wenden sich von der Energiewende ab

Mitte März 2018 überraschten Europas derzeit größte Energiekonzerne die deutsche Öffentlichkeit: RWE und E.ON wollen sich ihre Geschäfte aufteilen, den Versorger Innogy zerschlagen und ein „Witwen- und Waisenpapier“ sowie eine „Zockeraktie“ schaffen. Für die deutsche Energielandschaft ist das eine falsche Weichenstellung, konstatiert Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Chair der Energy Watch Group (EWG), in einem Gastkommentar der Zeitschrift Capital vom 15. März 2018.

Die Energiekonzerne Eon und RWE haben sich überraschend zusammengetan und schieben die verschiedenen Bereiche so hin und her, dass im Ergebnis ein Netzriese (Eon) und ein Produktionsriese (RWE) entstehen. Die RWE-Ausgründung Innogy, die erst vor zwei Jahren mit großem Aufwand als zukunftsweisendes Ökostrom-Unternehmen gegründet und an die Börse gebracht wurde, soll aufgelöst werden. Indem sich die Unternehmen zusam-

mentun, gewinnen sie kurzfristig mehr Marktmacht. Das mag Anleger freuen. Die Gewerkschaften jubeln auch, obwohl 5.000 Stellen abgebaut werden sollen. Aber die IG BCE zeigt sich schon seit Jahren als stärkster Kohle-Lobbyverband und scheint sich zu freuen, dass das kurze Energiewende-Zwischenspiel der Konzerne nun sein Ende gefunden hat, stellt Kemfert fest.

Mit Innogy verschwinden vollmundige Ambitionen der beiden Konzerne, den Markt der erneuerbaren Energien in Angriff zu nehmen. Das passe dazu, dass auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD von Klimaschutz und Energiewende nicht mehr ernsthaft die Rede ist, meint Kemfert. Es mag Zufall sein, dass die Unterschrift unter die GroKo-Vereinbarung und die Bekanntgabe des Ausstiegs vom Ausstieg seitens der Konzerne in dieselbe Woche fielen, doch der Zeitgeist sei zweifelsohne derselbe.

Der neue Energieminister Peter Altmaier (CDU) erklärte gleich bei der Verkündung des

Mega-Deals, dass er sich über diese Entscheidung freue. Er werde alles tun, um die Energieriesen zu unterstützen. Die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze kommt aus Nordrhein-Westfalen und ist Mitglied bei der IG BCE. Statt Kohle- und Diesel-Ausstieg werden die erneuerbaren Energien weiter ausgebremst und das Klimaziel auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, fürchtet Kemfert. Stattdessen gebe es für die neu herausgeputzten Energiebräute attraktive Kohleabwrackprämien und sonstige Vergünstigungen für den Netzausbau. Das alles gehe zu Lasten der Umwelt und auch zu Lasten der Bürger, die direkt oder indirekt die steigenden Kosten für Energieversorgung, Gesundheit und die Folgen des Klimawandels bezahlen müssten.

Das alles gehe aber auch zu Lasten der Wirtschaft. Das weltweite Klimaabkommen zwingt uns, die Emissionen zu senken, erklärt Kemfert. Früher oder später werde die Energiewende unvermeidlich. Je länger man warte, desto teurer werde es. Die Politik versäume es, endlich konkrete Gesetze zu formulieren, die der Wirtschaft die Richtung weisen und Sicherheit für ihre Entscheidungen geben. So würden immer wieder notwendige Investitionen in er-

neuerbare Energien und Klimaschutztechnologien in eine unbekannte Zukunft verschoben. Das gefährde Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Denn vor allem die Chinesen zögen inzwischen locker an der deutschen Industrie vorbei und erschlossen sich nicht nur wertvolle Rohstoff-, sondern auch wichtige Absatzmärkte für erneuerbare Energien und Elektromobilität rund um den Globus. In der deutschen Wirtschaft werde wieder der Rückwärtsgang eingelegt.

Noch vor zwei Jahren hatten Eon und RWE mit der damaligen Neuaufstellung angekündigt, dass sie sich auf die großen Chancen der Energiewende einstellen wollten. Das kam spät, aber noch rechtzeitig, um endlich das große und notwendige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziel der Energiewende in die Tat umzusetzen, meint Kemfert. Die jetzigen Fusionspläne seien deshalb keine gute Nachricht.

RWE habe noch nie ernsthafte Geschäftsmodelle für erneuerbare Energien entwickelt und sich zuletzt auf das klassische Kohle- und Atomgeschäft konzentriert. Selbst die grüne Tochter Innogy war von Anfang an aufgrund schwacher Geschäftsmodelle kaum lebensfähig,